



Dem »alternativen Journalisten« Jebesen ist es gelungen, Verbündete im linken Milieu zu finden. Dabei ist sein Programm alles andere als aufklärerisch. Heute soll er einen Preis erhalten. Von Daniel Bratanovic und Sebastian Carlsen

Opferkult

Aktuelle Stunde im Bundestag: AfD will mit Kampagne gegen »links-extreme Gewalt« punkten

2

Fehlstart

Kein neues Zeitalter: DB-Aufsichtsrat wälzt alte und neue Probleme, wie die neue ICE-Strecke

3

Säbelrasseln

Türkischer Außenminister kündigt militärische Invasion gegen kurdischen Kanton Afrin in Syrien an

6

Konfliktlinie

Deregulierung oder Protektionismus? Die Konferenz der Welthandelsorganisation in Buenos Aires

9

Der Arbeitskampf bei Amazon ist am Mittwoch in eine neue Runde gegangen. Etwa 600 Beschäftigte der Standorte Rheinberg und Werne in NRW legten die Arbeit nieder. Auch an diesem Donnerstag soll der Streik fortgeführt werden. Und so stehen die Beschäftigten wie bereits in den Jahren zuvor nicht im, sondern vor ihrem Werk. »Für viele Kollegen ist es nicht der erste Streik in der Weihnachtszeit«, sagte Verdi-Sekretär Nils Böhlke am Mittwoch gegenüber jW. Noch immer seien sie entschlossen, den Kampf weiterzuführen. Geblieben ist aber auch die Weigerung des US-Giganten, sich auf Verhandlungen für einen Tarifvertrag einzulassen – und die Arroganz, mit der er das begründet.

Gerungen wird bei Amazon um einen Tarifvertrag, den es im Konzern bislang nicht gibt. Die Presseagentur dpa zitierte das Unternehmen am Mittwoch damit, dass es in den Logistikzentren »am oberen Ende dessen, was für vergleichbare Tätigkeiten üblich ist«, zahle. Tatsächlich lehnt Amazon mit der Aussage gleich zwei Anliegen der Gewerkschaft ab: Zunächst, überhaupt eine verbindliche Regelung für die Entlohnung zu finden; dann aber auch, diese entlang des Tarifvertrags für den Einzelhandel zu gestalten und nicht nach den schlechteren Regelungen für die Logistik.

Für Verdi-Mann Thomas Voss prägt vor allem Willkür das Handeln des Konzerns. Je nach Standort bezahle Amazon seine Beschäftigten mal besser, mal schlechter, so der für den Versand- und Onlinehandel zuständige Bundesfachgruppensekretär am Mittwoch zu jW. Die Lohnspanne liege dabei grob zwischen 10,50 und 11,20 Euro in der Stunde. Unbedingt wolle Amazon vermeiden, sich an mit der Gewerkschaft ausgehandelte Regeln halten zu müssen. Dafür sei der Konzern sogar bereit, Ausfälle durch Streiks hinzunehmen. Im Betrieb hetze die Leitung gegen die Gewerkschaft. »Auf Betriebsversammlungen habe ich schon hören müssen, dass die Gewerkschaft von außen ins Unternehmen komme, die Belegschaft spal-

Alle Jahre wieder

Erneut treten Amazon-Beschäftigte in der Weihnachtszeit in den Streik. Der US-Konzern weigert sich noch immer, in Verhandlungen mit Verdi einzusteigen. Von Johannes Supe



»Entschlossen, den Streik fortzuführen«: Bereits im Dezember 2014 waren Amazon-Beschäftigte in Rheinberg im Ausstand, wie hier zu sehen. Nun haben sie erneut die Arbeit niedergelegt

te und deren gute Beziehung zum Management störe«, so Voss.

Deutlich wird diese Haltung des Konzerns gegenüber der Gewerkschaft auch in einem Schreiben der Amazon Fulfillment Germany GmbH an Verdi in NRW. Nach diversen Rückmeldungen von Beschäftigten wollte Verdi mit dem Konzern über Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen verhandeln, um den hohen Krankenständen zu begegnen. Denn den Kollegen, so Verdi, setzt das häufige Bücken und Heben während der Arbeit ebenso zu wie die langen Wege durch die Hunderte Meter langen

Hallen. Dass die Beschäftigten zudem Anweisungen über einen Handscanner erhalten, mache die Tätigkeit noch monotoner.

Am 15. November antwortete das Unternehmen schriftlich. Im jW vorliegenden Papier weist der Konzern darauf hin, dass man »derzeit keinen Anlass« sehe, Verhandlungen aufzunehmen. Man setze bereits moderne Technologie ein, um die Laufwege zu verkürzen. Auf hohen Arbeitsdruck geht Amazon im Schreiben nicht ein. Statt dessen heißt es, den Beschäftigten stünden »ergänzende Angebote wie Kurse zu Yoga, Rückenschul-

le, Lauftraining« und weiteres zur Verfügung. »Gern legen wir Ihnen auch unsere Broschüre zum Thema Gesundheit bei Amazon bei«, so der Konzern an Verdi.

»Amazon setzt die Standards, an denen sich andere in der Branche orientieren«, fürchtet Gewerkschafter Voss. Zum Beispiel hätte sich der Onlineversandhändler Zalando die Argumentation zu eigen gemacht, an einigen Standorten wie ein Logistiker, nicht aber wie ein Einzelhändler zu zahlen. Doch was Amazon vorgebe, laufe auf eine »Entwürdigung und Entwertung der Arbeit« hinaus.

Islamische Staaten erkennen Palästina an



Istanbul. Ein Gipfeltreffen islamischer Staaten hat als Reaktion auf das Vorgehen der USA Ostjerusalem als Hauptstadt Palästinas anerkannt. »Wir verkünden, dass wir den palästinensischen Staat anerkennen, dessen Hauptstadt Ostjerusalem ist«, zitierte die staatliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu aus der Erklärung der Organisation für Islamische Kooperation (OIC) am Mittwoch in Istanbul.

Im Zentrum der Kritik bei dem Gipfel in Istanbul stand US-Präsident Donald Trump, der eine Woche zuvor Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt hatte. Palästinas Präsident Mahmud Abbas (Foto) sagte, man werde die USA nicht mehr als Vermittler in Nahost akzeptieren. Er forderte die UNO auf, die vollständige Verantwortung für die Lösung des Nahostkonflikts zu übernehmen. (dpa/jW)

Anschlagopfer sollen besser betreut werden

Berlin. Anschlagopfer und ihre Hinterbliebenen sollen in Zukunft besser betreut werden. Der nach dem Attentat auf einen Berliner Weihnachtsmarkt vor einem Jahr von der Regierung eingesetzte Hinterbliebenenbeauftragte Kurt Beck (SPD) forderte am Mittwoch die Einrichtung von Anlaufstellen schon am Tatort und eine Anhebung staatlicher Härtefallhilfen für »bedürftige« Geschädigte.

Nach Angaben von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) unterstützt die Regierung Becks Vorschläge und will dafür notwendige Gesetzesänderungen schnell umsetzen. Der Bundestag beriet am Nachmittag über einen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, in dem die Regierung aufgefordert wird, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Am 19. Dezember 2016 hatte der Tunesier Anis Amri einen Lastwagen auf den Weihnachtsmarkt an der Berliner Gedächtniskirche gesteuert. Er tötete zwölf Menschen und verletzte weitere 70. (AFP/jW) ■ Zum Fall Amri siehe Seite 15

Ein Faschist als Munitionswart

Wegen Umtrieben im Netz sind die rechten Kontakte von Schweizer Armeeangehörigen aufgefliegen

Die Botschaften der »Misanthropic Division Switzerland« sind eindeutig: »Töten für Wotan« und »Rausch der Misanthropie« steht auf einem Bild auf der Facebook-Seite der Gruppe. Die Betreiber der Seite sehen sich als Vertretung eines gleichnamigen Kampfverbands des faschistischen Regiments Asow, das im Ukrainekonflikt auf Seiten der ukrainischen Regierung kämpft. Das Logo: Ein Schweizerkreuz mit SS-Totenköpfen. Jetzt sind einer Gruppe Schweizer Armeeangehöriger ihre Onlineaktivitäten

zum Verhängnis geworden. Die Zeitung La Liberté (Montagausgabe) aus der französischsprachigen Schweiz deckte die Sympathien der fünf Soldaten für die faschistische Seite auf.

Drei der Aufgefliegenen sind Unteroffiziere, von denen zwei als Feldweibel (entspricht etwa dem Dienstgrad des Feldwebels bei der Bundeswehr) Munitionslager verwalten. Gegenüber jW erklärte Delphine Allemand, Sprecherin der Armee, am Mittwoch das Vorgehen bei dieser Art Verdachtsmomenten: »In solchen Fällen wird die

Fachstelle Extremismus in der Armee aktiv und prüft von Fall zu Fall das Vorgehen.« Die Stelle, die mit einer Halbtagskraft besetzt ist, melde ihre Ergebnisse intern weiter. Mögliche Sanktionen reichen vom Einzug der Armeewaffe, die in der Schweiz von Wehrpflichtigen daheim aufbewahrt wird, bis hin zum Ausschluss aus dem Militär. Ob es dazu kommt, ist fraglich: Einem Rekruten, dem die Armee bei der Rekrutierung wegen seiner faschistischen Gesinnung die Waffe verweigerte, wurde 2014 letztinstanzlich recht gegeben,

als er dafür klagte, ein Sturmgewehr mit nach Hause nehmen zu dürfen.

Im Februar 2015 war vom Schweizer Journalisten Fabian Eberhard aufgedeckt worden, dass der Schweizer Ableger Misanthropic Division mit dem Ziel gegründet wurde, das Regiment Asow mit Spenden zu unterstützen. Dieses bezieht sich positiv auf den Hitlerfaschismus und ist gemäß dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte mutmaßlich an Kriegsverbrechen wie Folter und Vergewaltigung beteiligt. Florian Sieber

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017) www.jungewelt.de/lpg

